

13.11.2007

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

MANNI MANAGER

on wire



Angesicht des Lokführerstreiks frage ich mich, wo deren Verantwortung für den Wirtschaftsstandort geblieben ist. Ich bin entsetzt, empört, erzürnt! Und die Gerichte sind auch nicht mehr verlässlich

Weg frei für die Lokführer



Die Kreismitgliederversammlung der DKP München unterstützt mit Nachdruck Euren Kampf um die Durchsetzung Eurer berechtigten Forderungen. Wir verurteilen alle Anschläge auf das grundgesetzlich verbrieft Streikrecht. Wir fordern alle anderen Gewerkschaften zur Solidarität auf.

Die Gewerkschaft der Lokomotivführer GDL darf seit 2. November auch im Güter- und Fernverkehr streiken. Das Chemnitzer Landesarbeitsgericht (LAG) kassierte ein erstinstanzliches Urteil, welches das Streikrecht der Lokführer in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise auf den Nahverkehr einschränkte. Doch dies ist nur ein juristischer Etappensieg. Die Forderungen der Lokomotivführer nach einer adäquaten Lohnerhöhung (bis zu 31 Prozent), einer minimalen Verringerung der Arbeitszeit (von 41 auf 40 Stunden) und einem eigenen Tarifvertrag sind damit noch nicht durchgesetzt.

Zahlreiche mehrstündige Streiks in den Nahverkehrsverbindungen haben bis dato den Bahn-Vorstand nicht dazu bewegt, ein „substanzielles Verhandlungsangebot über einen eigenständigen Tarifvertrag mit den Inhalten Entgelt und Arbeitszeit“ zu unterbreiten, wie der GDL-Vorsitzende Manfred Schell feststellt.¹ Stattdessen unterbreitet der Bahn-Vorstand immer wieder neue Mogelpackungen, die er der Öffentlichkeit als kompromissfähiges Angebot und als ein Zugehen auf die GDL verkauft.

Der Vorsitzende einer Sozialdemokra-

Fortsetzung auf Seite 2

MAN UND SCANIA:

Der Poker geht weiter

Die Fusion der LkW-Produzenten MAN und Scania wird kommen wie das Amen in der Kirche.

Derzeit ist die Nutzfahrzeugbranche in einer Boomsituation. „Scania bleibt Rendite-König“, berichtet das Wirtschaftsblatt Financial Times Deutschland am 29. Oktober, und nur 2 Tage später meldet die Nachrichtenagentur Reuters: „Auftragsboom beschert MAN Milliarden Gewinn“. Leif Östling, der Scania-Chef, rechnet mit „weiterem kräftigen Wachstum bei hohen Erträgen“¹. Und Håkan Samuelsson verkündet in der Süddeutschen Zeitung: „2007 wird für die MAN-Gruppe ein herausragendes Jahr. Die Gruppe wächst zweistellig, wir haben die Margen erneut

gesteigert...“² Doch nach dem Boom folgt die Flaute, der Abschwung. Und jeder Abschwung bedeutet Marktberreinigung. „Die Großen fressen die Kleinen, die Schnellen die Langsamen. So lautet das Gesetz der Ökonomie.“³

Vor einem guten Jahr ist der MAN-Vorstand mit der Übernahme der schwedischen Scania gescheitert. Gescheitert unter anderen an den Interessen der Wallenbergs, ein milliardenschwerer schwedischer Familienclan, der eine wesentliche Beteiligung an Scania hält. Partner der Wallenbergs bei Scania wiederum ist Volkswagen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Ferdinand Piëch.

Dieser Piëch übernahm das Kommando. VW erhöhte seine Anteile an der MAN und setzte im Einvernehmen mit den MAN-Betriebsräten Piëch als Aufsichtsratsvorsitzenden durch. „Piëch zieht die Arbeitnehmer von MAN auf seine Seite“, vermeldete die Frankfurter Allgemeine.⁴

Fortsetzung auf Seite 3

In dieser Ausgabe:

Tarifrunde Öffentlicher Dienst:
Mehr ist muss! 2

Telekom macht weiter gegen die Beschäftigten 4

Münchner Stadtverwaltung:
700.000 Euro Nasenprämie 5

TARIFRUNDE ÖFFENTLICHER DIENST 2008: **Mehr ist muss!**



Der Ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erwartet eine Tarifrunde, die „die konfliktreichste seit langen Jahren“ sein wird. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bräuchten endlich auch eine „nachhaltige Lohnsteigerung“, also nicht nur Einmalzahlungen.

Nur zur Information über die Löhne im öffentlichen Dienst: Eine 35jährige ledige Krankenschwester bekommt etwa 1.350 € Nettogehalt, ein Hausmeister mit 15jähriger Berufserfahrung 1.250 €, ein technischer Assistent an der technischen Universität als Endgehalt 1.500 € ausbezahlt. Ist das etwa zu viel?

Die GEW und Ver.di München bereiten sich deshalb auf die Tarifaueinsetzung schon gut vor: die GEW-Kollegen fordern z.B. mindestens 6 Prozent mehr Lohn bei einer größeren Erhöhung der unteren Lohngruppen und eine Entgeltordnung, die gegenüber dem BAT, der bisher galt, keine Verschlechterung bringen darf. Außerdem keine Arbeitszeitverlängerung, sondern Arbeitszeitverkürzung!

●rem

Sie sind bereit, eine „nachhaltige Lohn-erhöhung“ zu erkämpfen.

Fortsetzung von Seite 1

Weg frei für die Lokführer

tischen Partei, Kurt Beck, versucht ebenfalls, Druck auf die GDL aufzubauen. Dem Nachrichtensender N24 sagte Beck, die GDL wolle Sonderregelungen ohne Rücksicht auf andere mit Brachialgewalt durchsetzen. Außerdem vertrete die GDL nur einen kleinen Teil der Lokführer. Aber der werbe Beck irrt. 80 Prozent der bei der Deutschen Bahn angestellten Lokführer sind mittlerweile in der GDL organisiert, fürwahr kein kleiner Teil. Und das die Wahrnehmung des Streikrechts von Beck als Brachialgewalt dargestellt wird, ist pure Kumpanei mit dem Kapital.

Dieter Hundt (Arbeitgeberpräsident) versuchte am Vortag der Chemnitzer LAG-Entscheidung noch Einfluss auf das Gericht zu nehmen, indem er erklärte, „die GDL müsse sich darüber im Klaren sein, dass der Schaden infolge eines Streiks für die Bahn und den Wirtschaftsstandort Deutschland in keinem Verhältnis zu den mit dem Arbeitskampf verfolgten Zielen einer Spartengewerkschaft stehe.“² Und der Wirtschaftsrat der CDU springt vorsorglich bei: „Sonst droht die Einschränkung des Streikrechts in notstandsähnlichen Situationen.“³

Bei Redaktionsschluss (Samstag, 10. November) ist die erste 42-stündige Streikwelle im Güterverkehr beendet. 3.500 Lok-

führer beteiligten sich am Streik⁴, der bisher „noch nicht so gravierende Auswirkungen“⁵ gehabt hat. Es ist lediglich ein Vorgeschmack auf das, was möglich ist: der komplette Stillstand im Güter, Fern- und Regionalverkehr. Und trotz der laufenden Diffamierungskampagne (siehe Beck, siehe Hundt, usw.), die Lokführer erkämpfen sich, trotz oder vielleicht gerade wegen der Streiks im Nahverkehr, ein immer mehr an Zustimmung. 57 Prozent halten den Arbeitskampf für gerechtfertigt, 12 Prozent mehr als noch im Oktober.⁶

Der Bahnvorstand hat nun das Wochenende Zeit, seine Verweigerungshaltung zu überdenken. Der Bahnvorstand und seine Aktionäre haben Zeit, die von Arbeitgeberpräsident Hundt befürchteten Schäden abzuwenden – zumal ja die Forderung der GDL in keinem Verhältnis dazu stehe.

Es geht auch nur um 200 Millionen €, einem Zehntel des Bahn-Gewinns. Es geht um die Frage, wer dieses Zehntel bekommt. 200 Millionen für die Lokführer, oder 200 Millionen für die Aktionäre. ●rw

1 Süddeutsche Zeitung, 25.10.2007

2 Süddeutsche Zeitung, 2.11.2007

3 ebda.

4 lt. Manfred Schell nach Klassik-Radio

5 Ifo-Wirtschaftsinstitut nach Süddeutscher Zeitung, 10./11.11.2007

6 Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, nach Süddeutsche Zeitung vom 10./11.11.2007



Streik trotz Verbots

Wie das Arbeitsgericht in Chemnitz mit seinem Urteil gegen die GDL unterstützte auch in England die Justiz die Arbeitgeber der Royal Mail, der englischen Post: Ein angerollter Streik gegen eine weit reichende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wurde verboten. Auf diese Provokation antworteten Tausende von Briefträgern mit Weiterführung des Ausstands. Nun wird wieder verhandelt.

Fortsetzung von Seite 1

MAN UND SCANIA:

Der Poker geht weiter

„Er versprach den Belegschaftsvertretern, der Münchner Nutzfahrzeug- und Maschinenbaukonzern werde nicht zerschlagen und die Mitbestimmung der Beschäftigten nicht angetastet.“⁵

Ein halbes Jahr später kommt Ferdinand Piëch einen entscheidenden Schritt weiter mit seinem Plan, einen Automobilkonzern nach seinen Vorstellungen zu schaffen. Der Europäische Gerichtshof kippte am 23. Oktober 2007 das VW-Gesetz (siehe Kasten), dass jedem Aktionär unabhängig von seinem Aktienanteil maximal 20 Prozent der Stimmrechte zugestanden. „Die Abschaffung des VW-Gesetzes gibt dem VW- und Porsche-Patriarchen Ferdinand Piëch freie Bahn. Der 70-jährige Enkel des Autoingenieurs Ferdinand Porsche, der für Hitler den Käfer entwickelte und später die Sportwagenfirma Porsche gründete, plant die Zusammenführung von Porsche und Volkswagen. Da Volkswagen auch große Anteile an den Lkw-Herstellern MAN und Scania hält, ist zu erwarten, dass das Pkw-Konglomerat bald durch eine große Nutzfahrzeug-Tochter angereichert wird.“⁶ Die Nutzfahrzeugs-

Volkswagen und das VW-Gesetz

Neben den um ihre Einlagen betrogenen VW-Sparern und Tausenden um Lohn und Leben gebrachten Sklavenarbeitern war es geraubtes Gewerkschaftsvermögen, mit dem SS-Nazi Ferdinand Porsche (1939 wurde er zum Wehrwirtschaftsführer und 1942 zum SS-Oberführer ernannt) samt Schwiegersonn Anton Piëch (den Vater des uns bekannten Ferdinand) die VW-Fabrik in der Hitlerzeit aufstellen ließ.

Scheibchenweise wurden dann per Teilprivatisierungs-Börsengang 1960 und dem Verhökern der Bundes-Aktien 1988 die riesigen Reichtümer der VW-Werke dem Porsche-Clan wieder in die Hand gedrückt. Damit nicht genug, darf nun Ferdinand Piëch auch noch die „Extrawurst“ namens VW-Gesetz genüsslich verspeisen. Die macht bislang seinen Arbeitern mit mehr Bezahlung und Arbeitsplatzsicherheit den Nach-Weltkrieg-II-Kapitalismus erträglicher. Das war dann die Entschädigung für den Nazi-Raub gewesen.

Das VW-Gesetz ist also kein Geschenk des Staates an die VW-Arbeiter, sondern eher eine Flucht vor berechtigten Ansprüchen der Gewerkschaften, Wenn jetzt das VW-Gesetz beseitigt wird, muss es heißen: Her mit der Kohle! Her mit unseren Gewerkschaftsgeldern! ● omf



Bild oben: Während die Enkelkinder (rechts im Bild der kleine Ferdinand Piëch) mit Opa Porsche Modellautos bastelten, mehrten Zwangsarbeiter (im Bild recht oben italienische Zwangsarbeiter bei VW) unter barbarischen Bedingungen den Reichtum der Porsche/Piëch. Die Spareinlagen Tausender wurden vernichtet - vermutlich auch dieses Sparbuch.

parte von VW soll mit MAN und Scania zusammengeführt werden.

Derzeit stocken die Gespräche zwischen Piëch und Peter Wallenberg. „Der Patriarch (gemeint ist Peter Wallenberg, d. V.) ... fürchtet den Vernehmen nach, dass der schwedische Nutzfahrzeugkonzern zu stark unter deutsche Kontrolle gerät.“⁷ Doch die beiden Männerfreunde⁸ werden eine Lösung finden, die den finanziellen und machtpolitischen Interessen beider Familienclans entspricht. Schließlich locken Maximalprofite in einem der dann größten Automobilkonzerne der Welt – 100 Milliarden € Umsatz, 300.000 Beschäftigte.

Geführt werden soll dieser Konzern durch die Porsche Holding SE, die am 13. November in das Handelsregister eingetragen werden soll. Diese Holding ist eine Gesellschaft europäischen Rechts, für die das Betriebsverfassungsgesetz und die deutschen Mitbestimmungsregeln nicht gelten.⁹ Der VW-Betriebsrat ist vor dem Arbeitsgericht Stuttgart mit seinem Versuch gescheitert, die Eintragung dieser Holding in das Handelsregister zu verhindern (die VW-Betriebsräte fühlen sich nicht ausreichend vertreten).

Diese Holding wird vermutlich auch die aus MAN, Scania und VW bestehende Nutzfahrzeug-Tochter führen. Und hier stellt sich nun die Frage nach der Zukunft der MAN-Gruppe, nach unserer Zukunft. Wie meldete doch die Frankfurter Allgemeine: Piëch „versprach den Belegschaftsvertretern, der Münchner Nutzfahrzeug- und Maschinenbaukonzern werde nicht zerschlagen.“ Und dies soll es schriftlich



geben, so Lothar Pohlmann (GBR-Vorsitzender) gegenüber der FAZ.¹⁰

Es wird höchste Zeit, dieses Schriftstück den MAN-Werkern bekannt zu machen! Es wird höchste Zeit, den vereinbarten Standortsicherungsvertrag den MAN-Werkern bekannt zu machen. Die Vorgänge bei VW und Porsche zeigen, dass größte Wachsamkeit notwendig ist. ● rzu

1 Financial Times Deutschland, 29.10.2007

2 Süddeutsche Zeitung, 2. 11. 2007

3 Die Zeit, Ausgabe 52, 1999

4 faz.net, 2.3.2007

5 ebda.

6 Süddeutsche Zeitung, 24. 10. 2007

7 Financial Times Deutschland, 28.8.2007

8 Manager-Magazin, 105.2007

9 Junge Welt, 4.10.2007

Die DKP im Internet:
www: dkp-muenchen.de

AufDraht

Herausgeber:
**DKP München und
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
München**

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:
Hans Koller, Holzapfelstr. 2,
80339 München, Telefon 44 8 2 2 7 1
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de



Schon wieder ist die Belegschaft der Telekom bedroht, ein weiterer massiver Personalabbau ist angesagt.

„Gegen Arbeitsplatzvernichtung, Zerschlagung und Lohndrückerei“ kämpften die Beschäftigten noch Anfang dieses Jahres. Das Ergebnis - trotz eines wochenlangen Streiks: die Ausgliederung von 50.000 Servicemitarbeitern, unbezahlte Arbeitszeitverlängerung um 4 Stunden und gleichzeitig beträchtliche Lohnkürzungen. Die sind zwar für die bisher Beschäftigten für einige Jahre abgedeckt worden, aber die Neueingestellten treffen sie sofort mit voller Härte.

Das war leider möglich, weil der Streik von der Ver.di-Führung nicht mit der nötigen Konsequenz geführt wurde, d.h. die Telekom wurde nicht wirklich in Bedrängnis gebracht, das Kapital wurde nicht wirklich angegriffen. Denn dann hätte die Ver.di-Streikleitung die Großkunden massiver behindern und Bereiche wie Netzma-

Telekom macht weiter - gegen die Beschäftigten

nagement und T-Systems einbeziehen müssen (Rechenzentren, Fernwartung von Kundencomputern). Es hieß, diese Bereiche seien nicht direkt betroffen - jetzt sind sie es! Weiter wurden die Beamten außen vor gelassen. Wann, wenn nicht in dieser Situation, wäre die ideale Gelegenheit gewesen, den schon lange anvisierten Beamtenstreik durchzusetzen? Der Streik scheiterte also nicht an den Kollegen: die Kampfbereitschaft war hoch, es gab viele phantasievolle Aktionen vor Ort. Auch die Öffentlichkeit stand mehrheitlich auf Seite der Streikenden.

Wir müssen das so hart sagen, weil nun die Telekom-Konzernspitze sich bestätigt sieht in ihrem Vorgehen gegen die Beleg-

schaft. Sie macht im gleichen Stil weiter.

Während des Arbeitskampfes wurde die Ausweitung der Aktionen auf T-Systems abgelehnt: jetzt sollen dort 5.500 Stellen vernichtet werden, verdi sagt, mehr als bisher geplant war. Selbst Entlassungen werden dabei nicht ausgeschlossen. Und von einer angestrebten Auslagerung können bis zu 18.000 Jobs betroffen sein, laut Angabe von Ver.di.

Insgesamt will die Telekom ihre Personalausgaben um rund ein Fünftel senken, heißt es in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen vom 8. Oktober.

Auch das Lohndumping geht weiter, vor allem bei den Call-Centern. Verdi-Vorstandsmitglied Lothar Schröder klagte, er habe nie damit gerechnet, in der Telekom-Branche einen Mindestlohn fordern zu müssen. „In Anbetracht der Entwicklung halte ich das jetzt aber für notwendig“, erklärte er. Nun, auch Mindestlöhne werden

nicht im Selbstlauf durchgesetzt. Entscheidend bleibt die Kampfkraft der Beschäftigten.

Die Telekom dagegen macht unbeirrt weiter: mit dem Geld, das sie den Beschäftigten aus der Tasche zieht, übernimmt sie den holländischen Mobilfunkanbieter Orange. Er kostet die Kleinigkeit von 1,3 Milliarden €. Wenn bei der Telekom weiter Kunden abspringen, weil sie sich über den schlechten Service ärgern - und bei weiterem Personalabbau wird das nicht besser! - dann hat sie sich jetzt zum Ausgleich etwa zwei Millionen neue Abnehmer einverleibt. So funktioniert der Kapitalismus für die Kapitalisten prächtig - für uns dagegen nicht. ●rem

Kollegen gegen NPD

Rund 2.000 Beschäftigte von 20 Firmen aus dem Südharz haben in Bad Lauterberg gegen die Nazis demonstriert. Die Unternehmer hatten Ende September der Belegschaft für den Protest frei gegeben. Wegen zunehmender rassistischer Gewalttaten in der südlichen Harzregion hatten die örtliche IG Metall und ein Bürgerbündnis die Veranstaltung initiiert.



Fusion der DBV-Winterthur

Vor gut einem Jahr hat uns eine Schweizer Bank an eine französische Versicherung verkauft. Es ist ja auch heute kaum noch möglich, einen Arbeitsplatz zu finden, an dem nicht irgendwann im Berufsleben der Name und die Chefetage ausgetauscht wird, weil plötzlich anderes Kapital im Unternehmen steckt.

Bei uns hat man sich nach dem Verkauf hohe Ziele gesetzt: Man will die erste Wahl werden. Und zwar nicht nur bei Anlegern und Kunden, sondern auch beim Mitarbeiter. Deshalb wird man als Mitarbeiter nun regelmäßig zu seinem Befinden befragt. 5 Minuten, 6 Fragen, eine Zeile Platz für Kommentare. Das alles prakti-

scherweise online und natürlich anonym. 6 Fragen dazu, wie man den Stand der Fusion einschätzt, ob man sich ausreichend informiert fühlt, wie man die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beurteilt und ob auch das Tagesgeschäft nicht beeinträchtigt ist.

Und genauso regelmäßig werden dann die positiven Umfrageergebnisse verbreitet, zuletzt auf einer Roadshow des Vorstandsvorsitzenden.

Aber lieber Vorstand, wo bringe ich in diesen Fragen unter, dass

- wir drei Wochen vor Ende der Ausbildung gefragt wurden, ob wir den für einen längeren Übernahmevertrag bereit wären, wöchentlich 400 km zu pendeln;
- die bei der Einstellung fest zugesagten 2 Jahresverträge („ob sie länger als das halbe Jahr übernommen werden, hängt nur von ihrer Note ab“) trotz durchweg guter Noten erst 2 Monate nach der Abschlussprüfung da waren („die müssen noch in Köln abgesegnet werden“);
- es im letzten Jahrgang nur noch 4 statt 6 Azubis gibt und in diesem nur noch drei („es haben sich keine adäquaten Bewerber vorgestellt“).

Ja klar, in den freien Kommentaren. Da ist auch bei der Auswertung die Unsicherheit über zukünftige Arbeitsplätze und Strukturen an erster Stelle. Aber das hat der Herr Vorsitzende auf seiner Roadshow nicht erwähnt. ● *natasha*

Ich glaub, dem Unternehmen geht es gut, mir trotzdem nicht!

AufDraht-Quiz

Vor 50 Jahren ließ eine technische Höchstleistung die Welt aufjubeln oder erschrecken – je nach politischem Standpunkt. Es war ...

- A** der erste Mensch auf dem Mond
- B** die erste Magnetbahn für Personentransport
- C** der erste künstliche Erdtrabant
- D** das Kabelfernsehen

Auflösung auf Seite 6

700.000 Euro Nasenprämie

Auch im öffentlichen Dienst werden jetzt die Supernasen prämiert. Seit heuer werden für „besondere Leistungen“ bei den 30.000 städtischen Beschäftigten „Leistungsprämien“ vergeben. Das Geld dafür wurde ihnen in den letzten Jahren erst mal abgenommen durch: Senkung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, Senkung der Löhne für Neueingestellte. Das Ganze heißt dann TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst). Pro Beschäftigten wurden so pro Jahr 400 € abkassiert. Macht eine Einsparsumme von 12 Millionen Euro aus.

Jetzt wird das Geld an verdiente „Leistungsträger“ vergeben. Die Spitzenprämie ist 5.000 €. Dafür bekommen schon mal 12 Kolleginnen und Kollegen gar keine Prämie!

Damit jetzt nicht der Eindruck entsteht, die Prämien gehen nach der schönsten

Nase, wurde schwer gearbeitet. Eine lange, lange Liste wurde erstellt, wofür es alles Prämien geben kann. Das heißt dann Dienst-(=Betriebs-)vereinbarung. Eins bleibt wie gehabt: Es entscheidet der Vorgesetzte, wer eine Prämie bekommt. Er muss sich nur noch einen passenden Begriff aus der Liste herausuchen.

Damit die Chefs jetzt keinen Schnitzer machen, müssen sie die lange, lange Liste kennen lernen. Allerdings. Für Führungskräfte genügt es nicht, wenn sie diese Dienstvereinbarung lesen können. Sie müssen zusätzlich geschult werden. Das könnte z.B. das Personalreferat machen, sollte man meinen. Weit gefehlt. So etwas wird heutzutage an eine Fremdfirma vergeben. Outsourcing heißt das dann oder externe Beratung.

Fortsetzung auf Seite 6



Eine Familiengeschichte

Der **Großvater** ist Heereslieferant – Uniformen. Lässt 10 Stunden am Tag arbeiten vor allem Frauen. Deren Kinder und Männer sind an der Front. Erster Weltkrieg. Streikverbot. Hungerlöhne. Er kauft mit den Kriegsgewinnen weitere Fabriken: Varta, Mauser, Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik - Rüstungsproduktion. Finanziert die Nazipartei. Hitler kommt an die Macht. Er verdient Millionen in der Rüstungsindustrie zur Vorbereitung des zweiten Weltkriegs. Lässt KZ-Häftlinge in seinen Fabriken arbeiten – Lebenserwartung: sechs Monate. Wird dann Wehrwirtschaftsführer. Sein Name: Günther Quandt.

Der **Vater** ist Personalchef. Die Arbeiter werden in den Krieg geschickt. Er organisiert die Produktion mit Kriegsgefangenen und Verschleppten aus den eroberten Ländern: Zwangsarbeiter. Die Zahl der Kriegstoten steigt. Die Zahl der Zwangsarbeiter ebenfalls. Die Profite auch. Aus den Millionen werden nach dem Krieg Milliarden. Weitere Fabriken werden gekauft. 1960 die BMW. Sein Name: Herbert Quandt

Die **Ehefrau** und die **Kinder** erben die Milliarden, 20 Milliarden. Gründen die Herbert-Quandt-Stiftung. Diese organisiert jährlich die NATO-„Sicherheitskonferenz“ in München. Weitere Kriege werden dort vorbereitet. Ihre Namen: Johanna Quandt, Stefan Quandt und Susanne Klatten.

Eine Familiengeschichte? Nein. Nimm einfach einen anderen Namen z.B. Siemens, Thyssen, Krupp oder andere, also die 100 reichsten Familien, und du hast die Geschichte des deutschen Kapitalismus. ● *HM*



Jeder, ob Arbeiter, Angestellter, ob Unternehmer oder Nichtstuer, hat von der Oktoberrevolution gehört und hat eine bestimmte Meinung dazu: Im Oktober 1917 leiteten die Salven des Panzerkreuzers Aurora das größte geschichtliche Ereignis des 20. Jahrhunderts ein.

90 Jahre später, München. Während die Herrschenden um 1,85 Milliarden für ein überflüssiges Prestigeprojekt - den Transrapid - feilschen, passiert auch das: Eine einfache, ältere Frau betrachtet beim Müllerbrot einen schönen Sonnenblumenlaib. Was er koste, fragt sie. Als sie den Preis hört, verlangt sie „doch lieber“ das kleine, einfache Brot.

In diesem Land haben die Produktivkräfte einen Stand erreicht, dass ein Ar-



9. November 1917, Putilow-Werke, Petrograd: Versammlung der Dreher

90 Jahre Oktoberrevolution

beiter den Wert seiner Lebensmittel inklusive Mallorcaurlaub in weniger als zwei Stunden täglich herstellen kann. Der Profit, wie der Geldausdruck des darüber hinaus geschaffenen Werts genannt wird, wird äußerst effektiv eingesetzt - zur Rationalisierung. So sehr, dass die Arbeitskraft von Millionen Menschen brach liegt. Wir müssen erkennen, dass diese nie wieder Arbeit finden werden, obwohl es an gesellschaftlichen Aufgaben nicht mangelt. Nichts ist mehr gewiss, nur die soziale Demontage. Die Arbeitenden sind einer um sich greifenden Flexibilisierung ausgeliefert, alles Leben wird von der Arbeit für fremde Interessen erfasst.

Das Echo der Aurora (ein Schuß des Kriegsschiffes war der Start für den Sturm auf das zaristische Winterpalais) ist heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, fast verhallt. Es gibt sie noch, die Errungenschaften der Arbeiterbewegung: den 8-Stundentag, Betriebsräte, Tarifverträge, Gesundheitsvorsorge. Sie wurden bitter erkämpft unter dem Ansporn der Oktoberrevolution.

Das Bestehen des Sozialismus hat nicht nur dem Hitlerfaschismus das Genick gebrochen. Seine bloße Existenz hat mitgeholfen, den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten im Westen auf relativ hohem Niveau zu halten.

Der Kapitalismus steht als Sieger da und schlägt um sich. Weniger denn je ist er in der Lage, Massenarbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Krieg in der von ihm beherrschten Welt zu beseitigen. Wenn nur soviel heute nutzbar ist von dem verhallenden Echo, dann wäre das viel:

Nämlich die unumstößliche Tatsache, dass die Arbeiter Russlands zeigten, es geht auch ohne Kapitalisten. Dass sie gemeinsam, selbstbewusst, unbeirrt das Leichtverständliche durchsetzten, was da ist, die Produktionsmittel selbst zu besitzen.

●km

Fortsetzung von Seite 5

700.000 Euro Nasenprämie

Und das ist natürlich billiger, behaupten die Freunde der Privatisierung in den Chefetagen. Ihre Rechenkünste haben sie dabei auch gleich ausgelagert. Denn: Die Beraterfirma verlangt pro Teilnehmer 250 Euro für die Tagesschulung. Macht bei 2.800 „Führungskräften“ satte 700.000 €. Die schönste Nasenprämie auf Kosten der Beschäftigten und der Münchner Bürgerinnen und Bürger.

Würde die Stadt das Ganze selbst machen, so kostet diese Maßnahme schlapp 30.000 €. Warum: 200 Schulungen á 14 Teilnehmer und pro Schulungsleiter das Gehalt eines Stadtturisten von 150 € am Tag ergibt 30.000 €.

So schmeißt die Stadtspitze das Geld zum Fenster hinaus, wenn es gilt: Die schönste Nase wird prämiert. ●HM

Münchens Stadtkämmerer Ernst Wolowiz



AufDraht-Quiz

Auflösung:

- A** Nein. 20.7.1968
- B** Nein. 1979 fuhr der erste Transrapid auf der Hamburger Verkehrsausstellung
- C** Richtig. Der Sputnik („Weggefährte“) wurde am 4. Oktober 1957 von der Sowjetunion in eine Umlaufbahn geschickt. Er brauchte 96 Minuten für eine Erdumkreisung und blieb 92 Tage im All.
- D** Nein. Postminister Schwarz-Schilling (CDU) ließ ab 1983 die BRD verkabeln. Seiner Frau gehörte die Firma „Sonneschein“, die an der „Projektgesellschaft für Kabelkommunikationstechniken“ beteiligt war.